

Entschließung des Dresdner CDU-Ortsverbandes Schönfelder Hochland zur jüngsten politischen Entwicklung in Deutschland, beschlossen von der Mitgliederversammlung am 15. und 24. September 2015.

Der Ortsverband Schönfelder Hochland sieht die politische Entwicklung in Deutschland mit größter Sorge. Viele Entscheidungen der CDU-geführten Regierungen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel sind für uns nicht mehr zustimmungsfähig. Wir werden immer häufiger von CDU-Stammwählern auf diese Fehlentwicklungen angesprochen und können den Bürgern keine befriedigenden Antworten mehr geben.

Das bisherige letzte Argument "Besser CDU wählen, sonst übernimmt Rot-Grün das Ruder" wirkt nicht mehr, weil viele Bürger die CDU-Politik inzwischen als "linkslastig-grün" empfinden. Damit scheiden diese Bürger als CDU-Wähler aus oder wandern in Richtung Rechts ab.

Als gravierendste Fehler der CDU-geführten Regierungen werden von den Bürgern vorgebracht:

1. Nicht rational kalkulierte und überhastete „Energiewende“ (Atomausstieg)
2. Schwächung der äußeren Sicherheit bzw. der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes
3. Schwächung der inneren Sicherheit durch den Abbau der Länder- und Bundespolizei
4. Kriminalitätsentwicklung, vor allem auch die grenzüberschreitende Kriminalität
5. Wiederholtes Bekenntnis: "Der Islam gehört auch zu Deutschland"
6. EU-Vertrags- und grundgesetzwidrige Eurorettungspolitik
7. Versuche der Griechenlandrettung zulasten heutiger und künftiger Generationen
8. Und vor allem: Die aktuelle konzeptionslose und staatsgefährdende Asyl- und Flüchtlingspolitik

Bei dem letzten Thema ist eine Überforderung und das Versagen der staatlichen Einrichtungen für die Mehrheit der Bürger erkennbar. Die aktuelle Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik ist verbunden mit Grundgesetzverletzungen und sonstigen Rechtsbrüchen amtierender Politiker und öffentlicher Einrichtungen (z. B. Abschiebestopp) durch die Bundesregierung und die Länderregierungen, zulasten der Kommunen und der Bürger.

Neben den enormen finanziellen Lasten wird mit der gesetzeswidrigen Zuwanderung der Verlust der nationalen Identität eintreten, der dem Fortbestehen eines deutschen Staates die Grundlage entzieht. Integration hat bisher nicht richtig stattgefunden und wird mit der Masse der jetzt Hinzukommenden immer weniger stattfinden. Dafür gibt es genug negative Erfahrungen mit den gesetzlosen Parallelgesellschaften in Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh und vielen anderen Großstädten sowie mit den diversen nicht-deutschstämmigen Clans allenthalben im Bundesgebiet.

Die staatlichen Ordnungskräfte waren dieser Entwicklung schon bisher nicht gewachsen und verlieren mit dem Umfang der ungesetzlichen, jedoch staatlich geduldeten Massenzuwanderung endgültig ihre Fähigkeit, für die innere Sicherheit zu sorgen.

Im Interesse unserer Bürger und Nachkommen appellieren wir an alle politisch Verantwortlichen in der CDU, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen.

Aufgrund dessen fordern wir:

1. Strikte Anwendung von Dublin III und von Artikel 16a Abs. 2 GG (kein Asylverfahren für Personen, die auf dem Landweg einreisen)
2. Sofortige Repatriierung nicht anerkannter Asylantragsteller
3. Abschaffung der Nachzugsregelungen
4. Abschaffung des Rechts- und Instanzenweges für Asylantragsteller
5. Sicherung der nationalen Grenzen gegen unberechtigtes Einreisen
6. Auf dem Meer: Rückführung der Boote nach australischem Vorbild
7. Verringerung der Anreize für Einwanderungswillige durch deutliche Kürzung der Leistungen
8. Steuerung der Zuwanderung ausschließlich nach deutschen Interessen
9. Die Abschaffung des Individual-Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16a Abs.1 GG, als die einzig mögliche Lösung des Problems der unseren Staat überfordernden Massenzuwanderung